

Initiative des Landeselternausschusses Kita in Berlin (LEAK)

Antrag zum Volksbegehren

Kitakinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin

www.volksbegehren-kita.de

www.leak-berlin.de

info@leak-berlin.de

Presseerklärung vom 28.07.2008 zur Abgabe der Unterstützungsunterschriften

Der Landeselternausschuss kann mit großer Freude Ihnen verkünden, das wir in den letzten 5 1/2 Monaten für den am 07. Feb. 2008 gestarteten Weg zum Antrag des Volksbegehrens Kitakinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin eine noch nie in einem solchen Verfahren in Berlin da gewesene Anzahl an Unterstützungsunterschriften haben sammeln können, nämlich 66 181.

Zum Vergleich:

Pro Reli:	34 472 gültige Unterschriften
Rettung des Flughafens Tempelhof:	33 773 gültige Unterschriften
Kein Rauchverbot für Berliner Gaststätten:	23 252 gültige Unterschriften

Wir stellen damit einen Rekord auf, der die Wichtigkeit des Anliegens dreifach unterstreicht.! Denn wir haben mehr als 3x so viele Unterschriften gesammelt als die notwendigen 20.000. Diese überwältigende Anzahl ist um so erstaunlicher, da das Thema frühkindliche Erziehung und Bildung nicht in erster Linie Wirtschaftsinteressen verfolgt , keine wirtschaftlichen Lobbyisten dahinterstehen und finanzieren, sondern Eltern und deren Eltern , die sich um die Betreuung und Förderung ihrer Kinder sorgen.

Wir haben Berliner, Eltern, vielfach ehrenamtliche ElternvertreterInnen, die sich der Förderung im Vorschulbereich angenommen haben, die bereit waren zu unterschreiben, die bereit waren, mitzuhelfen , andere zu werben, denen gilt in erster Linie unser Dank aus tiefstem Herzen, die sich nicht zu schade waren, auf der Straße, in den Parks, in der S-Bahnen, sonst wo aus innerer Überzeugung Menschen anzusprechen und diese für die Gesetzesänderung des Volksbegehren für mehr Bildungsqualität und Chancen zu gewinnen und derer, wie man sieht, gibt es viele. Dank auch den Fraktionen der Bündnis 90 /die Grünen, der CDU und der FDP des Abgeordnetenhauses für deren Unterstützung, den Trägern, den Gewerkschaften, für deren Unterstützung in Form von Sachspenden und den vielen Einzelspenden sowie den Bezirksverordnetenversammlungen Friedrichshain Kreuzberg , Pankow, Charlottenburg Wilmersdorf und Mitte , die die Gesetzesänderung bereits unterstützen und den anderen BVV,s die noch folgen wollen. Insgesamt mussten wir bei dieser Kampagne mit einem schmalen finanziellen Budget von knapp 5500 Euro auskommen, auch das ist in der Mittel/ Ergebnisbilanz rekordverdächtig. Die hohe Beteiligung ist auch ein positives Zeichen für die in der Berliner Verfassung verankerte, erst junge direkte Demokratie. Die Berliner nehmen das Volksgesetzgebungsverfahren mit aller Deutlichkeit an. Anders als bei Tempelhof haben wir eine klare Gesetzesänderung des KitaföG. formuliert, die am Ende des Verfahrens durch den positiven Volksentscheid auch 1:1 sofort umgesetzt werden muss.

Diese Eltern- Lobby macht hiermit eindrucksvoll in der politischen Wirklichkeit Berlins ihren Anspruch für die Kinder dieses Landes geltend und zwar durch eine Gesetzesänderung für

mehr Bildungschancen und Bildungsqualität in den Kindertagesstätten Berlins mit einem Investitionsvolumen von 96 Millionen Euro pro Jahr oder etwa 2427 zusätzliche Pädagogische Fachkräfte, für folgende Maßnahmen, für 7 Stunden Bildungszeit ohne Bedarfsprüfung ab 3 Jahre bzw. ab 2 für die Migrationskinder, für bessere Förderung und Betreuung der Kinder in einer verlässlichen Bindung durch festere Bezugspersonen verbessern wir den Personalschlüssel um ein Kind weniger pro Päd. Fachkraft, für eine kindgerechte Bildungsplanung durch min. 5 Std. pro Woche Vor- und Nachbereitungszeiten der Päd. Fachkräfte, für qualifizierteres Personal, min. 3 Tage im Jahr für Fort- und Weiterbildung, und für das effektive Managen in der Kita eine volle Leitungskraft bei 100 Kindern.

Ganze Elternvertretergenerationen, sachverständige Fachpolitiker, Experten, Träger Gewerkschaften fordern schon seit vielen Jahren vergeblich diese Verbesserungen, aber entweder fielen sie aus Kurzsichtigkeit für Bildungsinvestitionen oder dem Kürzungswahn in Berlin zum Opfer, jetzt wird die Gesetzesänderung auf der politischen verfassungskonformen Agenda des Abgeordnetenhauses spätestens Ende Herbst zur Entscheidung stehen.

Wir haben festgestellt, das die erhaltenen Unterschriften aus dem Westteil der Stadt über die Hälfte der Kitakinderanzahl ca. 57 % betragen, im Ostteil der Stadt liegt die Beteiligung sogar über zweidrittel der Anzahl der Kitakinder nämlich 71 %. Hier wird deutlich, das die Eltern mehrheitlich eine Verbesserung der personellen Rahmenbedingungen in den Kitas fordern, im Ostteil der Stadt sogar mit Blick auf deren bessere Ausstattung zu DDR-Zeiten deutlich bestimmter, was sicherlich dem rot-roten Senat in der Betrachtung seiner potenziellen Wählerschichten ein besonderes Gewicht haben dürfte.

Wir wollen jetzt keine leeren Versprechungen der Rot-Roten Koalition hören, was für eine tolle Arbeit sie machen, unter dem Strich ist bis jetzt nicht eine Maßnahme real umgesetzt worden, das Berliner Bildungsprogramm ist nicht personell untersetzt, obwohl es dafür konkrete Vorstellungen gab, der jüngste Entwurf für Teilzeitplätze im letzten Kitajahr vor der Schuleintritt ist nicht erlassen. Die Berliner werden die Gesetzesänderung des Antrages 1 zu 1 umsetzen ohne wenn und aber, je früher der Berliner Senat seine Chance wahrnimmt, das Anliegen zu ihrer eigenen Sache zu machen, um so besser für alle Beteiligten, den Kindern, den Eltern, und allen Berlinern. Der Landeselternausschuss Kita (LEAK) ist mit Blick auf die schwierige Haushaltslage Berlins bereits mit einem inhaltlichen Kompromiss in dieses Verfahren gegangen, es wird nur ein Drittel von dem was notwendig und erforderlich wäre, um auf ein europäisches Niveau zu kommen, durch das jetzige Volksbegehren abgedeckt. (Vergleichbare Standards in den skandinavischen Ländern, Irlands, Englands oder Amerikas bzgl. des Personalschlüssel bei den 0-6 Jährigen) die Umsetzung des Volksbegehrens ist gerade mal die Hälfte von dem was 1998 durch die Einführung der Betreuungsumfänge eingespart wurden.

Wir rechnen damit, das die Prüfung des Antrages zum Volksbegehren hinsichtlich der Erfüllung der verfassungsgemäßen Kriterien in 14 Tagen abgeschlossen sein dürfte und in knapp 2 Monaten wird dem Abgeordnetenhaus die Stellungnahmen der Senatsverwaltungen vorliegen, sodass das Abgeordnetenhaus in einer Frist von 4 Monaten über die Gesetzesänderung des Volksbegehrens beraten und zur Annahme oder Ablehnung entscheiden wird. Es ist nur zu hoffen, das die Abgeordneten frei ohne Fraktionszwang der Gesetzesänderung zustimmen, alles andere wäre eine Verschwendung von Zeit und Geld, dies täte angesichts der bereits sichtbaren Unterstützung in der Bevölkerung Berlins niemandem gut, am wenigsten den verantwortlichen Politikern. Sollte die Gesetzesänderung widererwartend abgelehnt werden, werden wir mit Hilfe eines Kuratoriums namhafter Persönlichkeiten Berlins und den bereits 66181 Unterstützern und der bestehenden

Organisationsstruktur gut vorbereitet in die zweite Stufe des Verfahrens gehen, um in 4 Monaten deutlich mehr als die notwendigen 170.000 gültigen Unterschriften zu sammeln, so dass dann aus Kostenersparnis wahrscheinlich zusammen mit der Bundestagswahl im September 2009 mit dem Volksentscheid zurechnen ist.

Wenn das kein politischer Auftrag ist, was dann ?

Gez.

Burkhard Entrup

Vorsitzender des LEAK und
Trägersprecher des Volksbegehrens